

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Band: 61 (1982)
Heft: 7-8

Rubrik: Leserecho

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

schaftlichen Aspekte und die verschiedenen Probleme, mit denen die soziale Sicherung in Zukunft konfrontiert werden dürfte, betrachtet. (366 Seiten, Fr. 38.–)

Zum Jubiläum seines 75jährigen Bestehens hat das *Schweizerische Sozialarchiv* in Zürich ebenfalls im Rüegger-Verlag einen reich bebilderten Band mit dem Titel *Arbeitsalltag und Betriebsleben. Zur Geschichte industrieller Arbeits- und Lebensverhältnisse in der Schweiz* herausgegeben. In einer Sozialgeschichte des Alltags werden verschiedene industrielle Berufsgruppen um die Jahrhundertwende betrachtet. Sehr lebendig werden die jeweilige politische und wirtschaftliche Situation, der berufliche Alltag, aber auch Freizeitverhalten und Partnerwahl geschildert.

Berichte, die die soziale Wirklichkeit aus der Sicht der direkt Betroffenen schildern, hat *Friedrich G. Kürbis* in drei Sammlungen im Verlag J.H.W. Dietz Nachf. herausgegeben.

Die Sozialreportagen aus Deutschland und Österreich, geschrieben von Arbeitern und Arbeiterinnen, Funktionären, Redaktoren der Arbeiterpresse, Journalisten und Schriftstellern, berichtigen das gängige Geschichtsbild, indem sie das Volk in seiner Not, in seiner Verzweiflung und in seiner Rebellion sichtbar werden lassen. Der erste Band trägt den Titel *«Der Arbeitsmann, er stirbt, verdirbt, wann steht er auf? Sozialreportagen 1880 bis 1918.»* Kaiserreich und Habsburgmonarchie, Sozialistengesetze, Not und Elend der Arbeiter, aber auch Bewusstsein und Revolutionshoffnungen. Im zweiten Band, *«Dieses Land schläft einen unruhigen Schlaf. Sozialreportagen 1918 bis 1945,»* revolutionäre Nachkriegsphase, Weimarer und österreichische Republik, Wirtschaftskrise,

Nationalsozialismus und Krieg. Schliesslich im dritten Band, *«Erkundungen in einem unbekanntem Land. Sozialreportagen von 1945 bis heute,»* Nachkriegsnot und wirtschaftlicher Aufschwung, Leistungszwang und zunehmende Bürokratie, Bürgerinitiativen gegen Wirtschaftsmacht und Suche nach Alternativen.

Peter Schwendener

Kopf in der Garderobe

Wer hofft, deutsche Wissenschaftler könnten der Volkswirtschaft durch wichtige Erfindungen Impulse geben, um mit neuen Technologien den Begriff «made in Germany» aufzupolieren, hängt Illusionen nach. Das renommierte englische Wissenschaftsmagazin «Nature» ist zu einer geradezu vernichtenden Bewertung der bundesdeutschen Forschung an den Universitäten gekommen.

Wenn einzelne Institute, an denen Leerlauf zum Selbstzweck geworden ist, geschlossen werden, würde das kaum jemandem schaden. Obwohl gerade die deutschen Technischen Hochschulen im Ausland noch immer hohes Ansehen besitzen, weil sie der Industrie ein bedeutendes Know-how und entsprechende Fachkräfte lieferten, besitzen sie für den wissenschaftlichen Nachwuchs nur noch wenig Anziehungskraft.

Nach Ansicht des englischen Magazins träumen die Deutschen zu viel von Nobelpreisen, erhalten sie aber nicht. Seit Kriegsende erhielten ihn 124 Amerikaner, 42 Engländer und nur 16 Deutsche. Das ist kein Zufall.

Für «Nature» zeigen die Deutschen zu wenig Erkenntnis-

drang und ziehen ein gemütliches Leben als Beamte vor, statt sich durch Draufgängertum auszuzeichnen. Mangelnde Bereitschaft zur Zusammenarbeit wirkt sich ebenfalls negativ aus. Auch die Spielregeln im deutschen Forschungsmanagement halten die Engländer für falsch, da der Löwenanteil öffentlicher Gelder an die Institute arrivierter Professoren gehen und noch unbekannte Wissenschaftler nur geringe Mittel erhalten.

Ausserdem werden Projekte zweiten Ranges über Jahre hinweg unterstützt, ohne dass Überprüfungen der erreichten Ergebnisse erfolgen. Nachdrücklich verweist «Nature» darauf, dass die deutschen Universitäten fest in den Händen von Bürokraten sind. Deshalb scheint die Frage berechtigt, ob für die deutsche Wissenschaft nicht die Zeit gekommen ist, die Dinge zu verändern? Kann es sich die Bundesrepublik leisten, dass Wissenschaftler ihr Köpfe an der Garderobe abgeben und für ihr Sitzfleisch bezahlt werden, können weiterhin Milliarden für eine Forschung zum Fenster herausgeworfen werden, bei der wenig herauskommt?

Horst Hartmann

Leserecho

Geldpolitik und Friedenssicherung

Die ausserordentlich grosse Beteiligung an den Friedensdemonstrationen und Friedensmärschen der vergangenen Monate lassen darauf schliessen, dass heute niemand auf dieser Erde ernsthaft einen dritten Weltkrieg (mit einem Masseneinsatz von Atomwaffen) will — aber alle fürchten ihn.

Um eine echte Friedenspolitik betreiben zu können, wäre jedoch unabdingbar zunächst einmal die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass man überhaupt abrüsten kann. Wenn wir uns vorstellen, die Industrien der westlichen Welt würden ab sofort keine Rüstungsaufträge mehr erhalten, dann hätten wir augenblicklich eine katastrophale Arbeitslosigkeit. Das weiss nicht nur das Grosskapital, das sich seiner üppigsten Renditenerträge beraubt sähe, davor fürchten sich auch Gewerkschafter und Sozialdemokraten.

Ganz offen äusserte sich dazu der SPD Bundestagsabgeordnete und ehemalige Finanzminister Alex Möller in seiner Schrift «*Währung und Aussenpolitik*». Da steht im Kapitel: Verteidigungsausgaben in konjunktureller Sicht» (Seite 29): «In Zeiten der Überbeschäftigung ist es durchaus erstrebenswert, (?) die Rüstungseinfuhr möglichst hoch zu halten; in der Phase mässigen Konjunkturverlaufs können von Rüstungsaufträgen an das Inland volkswirtschaftlich erwünschte Impulse ausgehen ... Es darf bei der Rüstungsfinanzierung somit nicht einseitig die Inanspruchnahme des Sozialprodukts angesehen werden; sie kann konjunkturpolitisch günstig oder nachteilig sein. Diese Staatsausgaben schaffen im Inland gesteigerte Nachfrage aller an der Rüstungsproduktion beteiligten Industrien.»

Und weiter (Seite 35): «Im Falle nicht ausgenutzter Produktionskapazitäten werden vom Rüstungshaushalt massgebliche Impulse zu erwarten sein. Der Beschäftigungsgrad der Industrie steigt, die Masseneinkommen nehmen zu. Das bedeutet einen kumulativen, in Richtung Vollbeschäftigung tendierenden Prozess, der

bei der geschilderten Wirtschaftslage nicht unwillkommen ist.»

Hier verriet ein Wissender, warum es keinen Frieden geben kann auf Erden, solange im Westen das Gespenst der Arbeitslosigkeit nicht besiegt ist. Im Osten ist es der Wille zur Weltbeherrschung, — im Westen ist es die «Konjunktur», die zur Rüstung treibt und damit den Frieden gefährdet. Zweifellos sicher die militärische Bereitschaft heute noch gegen die Bedrohung der diktatorischen Machthaber in Moskau. Gleichzeitig sollten wir aber der kommunistischen Zwangsherrschaft eine soziale Alternative entgegenstellen können. Wie steht es mit einer solchen aber bei uns im Westen?

Die Antwort darauf ist mehr als deprimierend. Weltweit steigt die Arbeitslosigkeit. 20 Millionen Arbeitslose allein in der Europäischen Gemeinschaft. Dazu kommen grosse Inflationsraten und steigende Staatsverschuldung. Die Bedrohung durch die aggressive Aufrüstung Sowjet-Russlands mag manchem westlichen Politiker ein willkommener Vorwand sein zur Ablenkung der Bürger von den innenpolitischen Schwierigkeiten.

Man muss sich einmal vorstellen, was es heisst, dass praktisch alle Staaten verschuldet sind. Man muss sparen, fürchtet aber zugleich, durch Sparmassnahmen die Konjunktur weiter zu verschlechtern. Gewaltige Zinsströme fliessen zum Grosskapital. Wir geraten jetzt in den Mahlstrom des Kapitalismus, in dem sich die Entwicklungsländer schon lange befinden. Wir werden selbst zu «Entwicklungsländer», welche für den Zinsendienst schufteln müssen und trotzdem immer ärmer werden.

Die politischen Mittel, mit denen man der Schwierigkeiten

Herr zu werden hofft, sind im Prinzip zwei Rezepte, die beide in der Menschheitsgeschichte seit der Antike stets nur in die totale Katastrophe und das heisst zum Untergang des betreffenden Kulturkreises geführt haben. Das eine Rezept ist die harte «Lösung» unter kapitalistischen Vorzeichen und lautet: Was krank und schwach ist, muss zugrunde gehen nach Art einer Reinigungskrise. Dieses wird von Margret Thatcher in Grossbritannien angestrebt. Das andere Rezept geht nach der Devise: Schröpft die Fleissigen und Erfolgreichen und stopft damit den Faulen und Unzufriedenen den Mund.

Das erste Rezept führt zur gewaltsamen Konfrontation der Klassen, das zweite in die Tyrannei einer aufgeblähten Bürokratie. Beide Rezepte müssen das vorgegebene Ziel einer Gesundung der Wirtschaft verfehlen, weil sie überhaupt nicht den ursprünglichen Kern der krisenhaften Entwicklung in den Griff bekommen. Und dieser Kern ist ein veraltetes, unnatürliches Geldsystem.

Unnatürlich ist unser Geldsystem, weil es weder die natürliche Wesensart des Menschen berücksichtigt, noch den natürlichen Bedingungen des Lebens überhaupt entspricht. Es gibt in der Natur unter biologischen Bedingungen nichts, was einem ununterbrochenen und zunehmenden Wachstumsgesetz unterliegt wie der Geldzins. (Zins und Zinseszins!)

Nur der bösartige Krebs wächst so bis zum Tode seines Wirtes. Durch das Zinssystem werden die Besitzenden immer reicher und die Besitzlosen immer ärmer. Nur ausnahmsweise ist es möglich, durch echte produktive Leistung zu einem grösseren Vermögen zu gelangen. Die grössten Vermögen entstehen in der Regel durch Zinseinnah-

men, Bodenspekulation und andere kapitalistisch geprägte Spekulationsmanöver.

Was aber die natürliche Wesensart des Menschen betrifft, so ist von niemandem zu erwarten, dass er aus Gerechtigkeitsgefühl die Wahrnehmung eines legal gebotenen Privilegs über andere ausschlägt. Ein solches Privileg ist die Möglichkeit der Zinseinnahmen für geliehene Gelder, weil sie ein Einkommen ohne echte Gegenleistung darstellen. Durch fremde Leistung wird der Zinsbezug erarbeitet. Ausbeutung von Leistungen der Arbeitenden durch die kapitalistischen Privilegien des Besitzes einerseits — terroristische Diktatur durch eine aufgeblähte Bürokratie andererseits, das sind die beiden extremen Pole einer politischen Entwicklung, die unsere Gegenwart kennzeichnen und im Laufe der Menschheitsgeschichte immer wieder zum Zusammenbruch bestehender Kulturen führten. Und stets war das Ende einer sozialpolitisch aussichtslosen Entwicklung entweder Krieg oder Bürgerkrieg!

Krieg ist in unserer Zeit weder ein unabwendbares Naturereignis noch das willkürliche Ergebnis einer boshaften Gesinnung. Krieg wird vielmehr zur schrecklichen Realität infolge der Hilflosigkeit der Politiker gegenüber den sozialen Problemen, die mit Arbeitslosigkeit und Inflation beginnen und schliesslich zur Verzweiflung der Massen führen. *Krieg hat somit mindestens ebenso sehr innenpolitische wie aussenpolitische Ursachen.* Rüstung wird als unverzichtbare Stützung einer bedrohten Wirtschaftskonjunktur angesehen und zwingt dann natürlich den potentiellen Gegner zur Gegenrüstung. Dadurch wachsen die aussenpolitischen Spannungen. Eine sich als unterdrückt und ausgebeutet empfindende Minderheit nimmt zur Rebellion gegen die

Machthaber die Unterstützung einer fremden Macht in Anspruch — und der Krieg ist da! Es kann aber auch sein, dass die von einer Rebellion bedrohten Machthaber ihre Stellung zu festigen trachten durch Ableitung der sozialen Spannungen auf eine als «Feind» aufgebaute Fremdmacht. Der gegenwärtige Krieg zwischen Irak und Iran ist geradezu ein Schulbeispiel dafür.

Ein Land dagegen mit ausgeglichener Sozialstruktur und mit einer partnerschaftlich ausgewogenen Wirtschaft wird nicht so leicht in einen Krieg verwickelt werden.

Ausdruck der ungelösten Sozialen Frage ist die überall auf unserem Globus zu beobachtende Unruhe und Angst. Furcht vor Hunger und Teuerung oder Angst vor einem Verlust des Arbeitsplatzes oder vor einem Verlust der Ersparnisse. Aber auch Angst vor einem erbarmungslosen Staatsapparat. Besonders dramatisch erleben wir seit Monaten die Ereignisse in Polen. Hieraus wird deutlich, wie das marxistisch-kommunistische System die Arbeitsfreude der Bauern mindert, das es ihnen nicht ermöglicht, durch Arbeit und Initiative einen höheren Verdienst zu erzielen, mit dem man aus einem möglichst grossen Warenangebot frei wählen und kaufen kann. Wenn das nicht gewährleistet ist, dann sinkt das Interesse an der Arbeit überhaupt und kann nur noch durch Polizeimassnahmen zur Sicherung des Staates notdürftig aufrechterhalten werden.

Trotz dieser offensichtlichen Schwächen einer marxistischen Staatswirtschaft wird leider in unserer Arbeiterpresse das Heil immer noch in der Planwirtschaft gesucht. Anstatt die Ursachen des Übels zu erforschen und zu beseitigen, versucht man die blutenden Wunden, die der Kapitalismus in unsere Gesell-

schaft schlägt, notdürftig zu überkleistern. Noch immer wird der Privatbesitz an Produktionsmitteln als die Ursache der Ausbeutung angesehen. (Siehe auch: «Wirtschaft an der Wende, was können wir tun?» von Ruedi Winkler, Profil/Rote Revue 1/82, Seite 3) Dies entspricht der irrigen Theorie eines Karl Marx, der in zwei Bänden das Wesen des «Kapitals» falsch dargestellt hatte und so zum «(schein)»-wissenschaftlichen Begründer des «Sozialismus», jenem Irrlicht, dem heute noch sozialistische Parteien nachlaufen. Dabei stellte schon Friedrich Engels in einer Auseinandersetzung mit Dühring fest: «Wenn Dühring nicht verhindert, dass Geld geschätzt (gehört) wird, sind die Schatzbildner in der Lage, vom Bedürftigen Zinsen zu erzwingen, auch wenn das Eigentum vergesellschaftet ist.» Aber auch Karl Marx selbst ist auf diese Erkenntnis gestossen. Im 3. Band des «Kapitals», Seite 392 (Diez-Verlag, Berlin 1973) steht folgender Satz: «Der Unternehmer ist ein Arbeiter, der im Unternehmergewinn seinen Arbeitslohn verdient, der ihm vom Profit übrig bleibt, nachdem ihm der Kapitalist den Zins abgenommen hat, den der Unternehmer erst aus den Arbeitern herauswirtschaften muss. Insofern bildet der Unternehmergewinn keinen Gegensatz zur Lohnarbeit, sondern nur zum Zins.»

Der Zins aber würde verschwinden, wenn Geld nicht mehr gehört werden könnte. Die Achillesferse des Kapitalismus ist also das hortbare Geld und nicht der Privatbesitz an Produktionsmitteln. Erstaunlich nur, wie die heutigen Marxisten an den früheren Irrtümern von Marx festhalten, von seinen später gereiften Erkenntnissen aber nichts wissen wollen! Die Ursache der Ausbeutung bestätigte übrigens bereits vor

30 Jahren die deutsche «Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände», die in einer Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften feststellte, dass das «Kapital stets angemessen bedient», das heisst verzinst werden muss, da es andernfalls streikt.

Für einen Unternehmer, der diesen Zins nicht mehr herauswirtschaften kann, bedeutet dies: Kein Zins — keine Kredite — keine Arbeit für seine Belegschaft.

Die entscheidende Frage, warum es denn abwechseln zu wirtschaftlichen Überhitzungen und Unterkühlungen kommt, welches die Ursachen dieses «Konjunkturverlaufes» sind, wird überhaupt nicht gestellt. Die Hunderttausende, die in Europa für den Frieden demonstrierten, stellten sie ebenfalls nicht; denn davon haben sie weder in den Schulen noch durch die Massenmedien etwas erfahren. Wie aber kommt es

— trotz vorhandener Produktionskapazitäten — zu einem schlechten Konjunkturverlauf? Die Antwort: Wenn der Preis für die Arbeitskraft, bei steigender Beschäftigung zu stark auf Kosten der arbeitslosen Einkommen aus Zins steigt, dann zetern dessen Bezüger über eine «Überbeschäftigung» und reduzieren diese durch einen Geldstreik.

Anstatt diesen Geldstreik durch eine Geldumlaufsicherung zu verhindern und das «Geld zum Dienen» zu zwingen — was dann allerdings auch die bisher «Bedienten» zur Arbeit zwingen würde! — versuchen die Regierungen durch Rüstungsaufträge mittels Verschuldung Arbeit zu beschaffen — und wie kann man das besser rechtfertigen als durch den Hinweis auf den «bösen Nachbarn» — den man nötigenfalls sogar heimlich finanziert und mit modernsten elektronischen Geräten ausrüstet, um dann besser

auf seine «Drohung» hinweisen zu können. Womit keineswegs gesagt sein soll, dass vom Kommunismus keine Bedrohung ausgehe — aber was ist das für eine Verlogenheit, ihn erst zu fördern, um ihn dann bekämpfen zu können.

Noch so viele Millionen von Friedensdemonstranten auf der ganzen Welt werden nichts erreichen, wenn sie gegenüber den Krisen- und Kriegsursachen blind bleiben.

Massen emotional zu begeistern ist leicht — den richtigen Weg aber kann nur zeigen, wer *weiss wie man die Ursachen beseitigt, die zum Kriege führen* — und den Mut hat sie zu nennen.

Aufgabe aller Friedensfreunde ist es, die Geld- und Währungsprobleme zu studieren, um die zum Kriege führenden kapitalistischen und kommunistischen Machenschaften in West und Ost zu durchkreuzen.

Roland Mauderli

AZ 8021 Zürich

R

Zentralbibliothek

Zähringerplatz

8001 Zürich